

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabat. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Maß, Datenumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 2071.

Annahmgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 88.

Dienstag, den 28. Juli 1925.

18. Jahrgang.

Ich habe genossen das irdische Glück,
Ich habe gelebt und geliebt!

Der Kampf um die Steuern.

Nach der Aufmerksamkeitsfrage kommt nunmehr die nicht minder wichtige Frage der Steuerreform zur Entscheidung. Ueber den augenblicklichen Stand der parlamentarischen Verhandlungen gibt folgender Bericht aus Abgeordnetenkreisen ein anschauliches Bild.

Eine Woche lang will der Reichstag von Steuern reden, ehe er seine letzte Aufgabe, den Zolltarif, vor das Plenum des Hauses bringt. Aber dieser „Kampf“ wird, aufs ganze gesehen, nur ein Schauspiel der Beweisgründe des Für und Wider zeigen; es liegt in der Natur der parlamentarischen Regierungsform, vorab wenn es sich um Koalitionen handelt, daß die wesentlichen Entscheidungen vorher gefallen sind in den Verhandlungen zwischen dem Kabinett und den Fraktionen, auf die es sich stützt. Manche sagen, daß die „Geheimdiplomatie“ auf solche Weise in die innere Politik getragen werde; aber diese Frage ist überflüssig. Ein Wille muß entscheiden, und das ist solcher Wille in Kompromissen gefunden, ist eine technische Notwendigkeit. Der Kampf der Opposition gegen die Mehrheit mag in manchen Einzelheiten wertvolle Anregungen gegeben haben, er hat im Steuerentscheid auch Fehlerfolge erringen können; aber das Schwerkriegel lag in dem Ringen der Mehrheitsfraktionen mit ihrer eigenen Finanzbürokratie. Das war kein öffentliches Schauspiel; aber es war der die Steuerfrage bestimmende Kampf.

Die Steuererhebung, die jetzt hergestellt werden muß, soll die Steuernotverordnung von 1923 und 1924, die Kinder des Ermächtigungsgesetzes, abweisen. Damals hatte das Parlament, um der Rettung der Währung nicht Parteiungsteile entgegenzustellen, seine gesetzgeberische Funktion abgetreten an eine legitime Aktion des Kabinetts; was drängende Hilfsaktion gewesen, soll und kann nicht Dauerzustand sein. Die brutalen Eingriffe haben ja wohl das Gleichgewicht des Staats hergestellt, ja sie haben der Regierung unerwartete Ueberkräfte gebracht, die in verschiedenen „Schickungen“ wieder verfallen sind, aber die Wichtigkeit war überlassen. Seit Dezember wurde der Steuerdruck im Verordnungswege abgebaut. Jetzt soll ein System der Dauer geschaffen werden, das für Einkommen und Vermögen, für Umsatz und einige Verbrauchsartikel (Tabak, Bier, Zucker) neue Sätze festsetzt. Daß die Schätzungen der Ergebnisse auseinandergehen, ist nicht erstaunlich. Die Nachberechnung für 1924 ist unvollständig, sodas der feste Boden zur Feststellung des tatsächlichen Einkommens fehlt. Und niemand ist heute in der Lage, den Gang der Wirtschaft im Rechnungsjahr 1925 richtig zu bewerten; die Steuererhebungen mögen ihr an sich zu gute kommen, aber die sozialen Verpflichtungen (Umsatzversicherung) sind in etwas erhöht und der Ernst des Reichsamtpräsidenten, der um jeden Preis die Wahrung halten und die Kreditpolitik seines Vorgängers vermeiden will, läßt eine Herabsetzung des Reichsamtpräsidenten, ein Rückwärtsgehen größerer Mittel nicht erwarten. Noch fehlt die Formel, wie die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse gesteuert werden können, um die Handelsbilanz aktiv zu gestalten; noch ist ungewiß, ob der Arbeitsmarkt des Winters die Volkswirtschaft vor der Arbeitslosigkeit für erneut überlasten wird. Der Gang der Erträge bei den Finanzämtern hängt nicht bloß an Steuerertrag und Steueremoral, sondern an allgemeinen Wirtschaftsvorgängen. Das ist gewiß eine Banalität, aber sie wird gelegentlich von den Propheten der Staatsbewegung vergessen.

Nun ist dies zu bemerken: das staatspolitische Problem der gegenwärtigen Finanzfrage liegt gar nicht in den Unterhaltungen zwischen Kabinett und Parteien, ob das Steuerrecht heraufgeholt, ob die Umsatzsteuer entbehrt werden könne, wieviel an Abschaffung dem Tabak und Bier zugemutet werden kann, ohne die betreffenden Gewerbe zu ruinieren. Ueber die Berechnung der Einnahmen war die Verhandlung leichter als über ihre Verwendung. D. h. darüber ist sie endgültig noch gar nicht erreicht. Denn hier stoßen Reichskabinett und Reichsrat, Reichsfinanzminister und Landesminister zusammen, und zwar sehr heftig. Es dreht sich um den sog. „Finanzausgleich“. Man weiß, die Erbherrger-Nationalbank. Man weiß, die Erbherrger-Nationalbank tragende Finanzreform hat eine reidunmittelbare Finanzverwaltung geschaffen, aus der an Län-

der und von hier weiter an Gemeinden Rückstellungen erfolgten: von der Einkommensteuer befiel das Reich nur 10 Prozent. In Zukunft möchte es 25 Prozent behalten und auch den Teilungsschlüssel bei der Umsatzsteuer ändern. Ueber diese Sache ist eine Einigung noch nicht erfolgt; sie müßte, sollte man meinen, erreichbar sein. Hinter dem Streit aber erhebt sich die grundsätzliche Frage, ob und wie weit und wann an Länder und Gemeinden die Finanzautonomie, das „Zuschlagsrecht“ zurückgegeben werden kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre, wie auch die einfache Ueberlegung sagt, daß in Ländern und Gemeinden die Staatsaufstellungen vorsichtiger sein werden, wenn die Einnahmeverantwortung bei ihnen selber vergrößert wird. Die Lösung, die im Laufe dieser Woche in der Frage des Finanzausgleichs gesucht wird, hat, wie man sieht, für die Gesamtstruktur des Reiches eine grundlegende Bedeutung.

Essen wird frei.

Abmarsch der Besatzungstruppen.

Nunmehr hat auch für Essen, den Mittelpunkt des Ruhrgebietes, die Stunde der Befreiung geschlagen. Die Räumung der Stadt durch die Franzosen, die schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist in vollem Gange. Das Aufgängerbande ist bereits freigeben worden; das Volksgewand ist von den deutschen Behörden bereits abgenommen. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Ueber den Termin der endgültigen Räumung steht noch nichts fest. Voraussichtlich werden die restlichen Bestände des in Essen stationierten Infanterie-Regiments sowie die übrigen Truppenteile in den nächsten Tagen abmarschieren. Einzigartig des bereits abmarschierenden Artillerie-Regiments hatte Essen eine Besatzung von 4000 Mann.

Räumung Düsseldorf am 16. August?

Räumungsvorbereitungen der Franzosen.

Wie ein Berliner Mittagsblatt erfahren haben will, wird die Räumung der drei Sanitätsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort am letzten Tage des in London vereinbarten Termins am 16. August, erfolgen. Eine Bestätigung dieser Meldung durch die amtlichen deutschen Stellen steht noch aus.

Nach einer weiteren Meldung des Berliner Blattes hat die planmäßige Räumung Düsseldorfs mit dem Abzug der größten Teile des in Düsseldorf liegenden Artillerie-Regiments begonnen.

Chamberlains Antwort.

England als Bürge für das Sicherheitsabkommen?

Der englische Außenminister Chamberlain hat in Birmingham eine große politische Rede gehalten, die gewissermaßen die Antwort Englands auf die letzte Sicherheitsnote der deutschen Regierung darstellt. Zunächst gab der englische Staatsmann seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die deutsche Note so gehalten sei, daß sie die Fortsetzung eines schriftlichen Meinungsaustausches ziemlich unvermeidlich mache.

Der Augenblick ist also noch nicht gekommen, so erklärte er weiter, daß sich die Vertreter der beteiligten Länder zu einer Art Konferenz zusammensetzen können, und ein für alle Teile befriedigendes Abkommen ausarbeiten sollten. Aber ich erkenne an, daß die Note in einem gewissen Grade gehalten ist, der die Vorzüge zu einem gegenseitigen Sicherheitsabkommen weiter vorwärts bringt. Ich bin hoffnungsvoll, von der Vergangenheit loszukommen und sich einer besseren Zukunft zuzuwenden. Wenn wir diese Frage der Sicherheit regeln, dieses Gefühl der Furcht vor einer neuen Gefahr, die den Frieden der Welt wieder bedrohen könnte, wieder beseitigen, dann wird das eine sühnbare Erleichterung nicht nur für die vom Paat unmittelbar betroffenen Nationen, sondern für die ganze Welt sein.

Im Zusammenhang damit stellte Chamberlain fest, daß schon die Anregung zu diesem Meinungsaustausch, die bloße Tatsache, daß ein derartiger Vorschlag von Deutschland ausging und von den Alliierten begrüßt wurde, ein merkwürdiges Nachlassen der bis dahin vorhandenen Spannung bewirkt habe. Die Räumung des Ruhrgebietes und der drei Sanitäts-

städte sei im Gange oder nahe bevor, und wenn Deutschland, wie er hoffe, ehrlich und reibungslos die restlichen Forderungen der Alliierten in der Entwaffnungsfrage erfülle, so werden die Alliierten ihrerseits veranlassen, daß sich in zusammen mit der ersten Zone des besetzten Gebietes von fremden Truppen befreit werde. Chamberlain führte weiter aus, die Unterwerfung Englands sei notwendig, um die schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. „Es darf nicht angenommen werden“, erklärte Chamberlain, „daß wir an den Beziehungen unserer Nachbarn zueinander, an der Sicherheit oder an dem Frieden in Europa kein Interesse hätten. Von mancher Seite hat man sich dagegen gewandt, daß wir die bestehenden Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits in irgend einer Form garantieren wollen. Aber es muß betont werden, daß die Unverletzbarkeit dieser Grenzen die Grundlage unseres eigenen Schutzes bildet. Es würde in unserer Macht, durch Uebernahme der Garantie für dieses Friedensabkommen Frankreich und Belgien ebenso wie Deutschland ein Maß von Vertrauen zu vermitteln, das diese Mächte in einem Vertragswerk, an dem wir nicht beteiligt sind, nie finden könnten.“

Eine Rede Baldwin's.

Gleichzeitig sprach auch der englische Premierminister Baldwin über die schwebenden Fragen der Außenpolitik, wobei er auch die Frage der allgemeinen Abrüstung anschnitt. „Es ist wahr“, so führte er aus, „daß Deutschland noch immer mißtrauisch ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entfremdete Nation in Mitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Aber Deutschland hat das Recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn es Mitglied des Völkerbundes ist. Es kann dann den Großmächten gegenüberzutreten, damit diese ohne unnötige Verzögerung dazu übergehen, die Frage der Abrüstung, die einen Teil der Völkerbundschaftung selbst bildet, zu erwägen.“

Der Streik an der Saar.

99 Prozent aller Saarbergarbeiter im Ausland.

Am Montag vormittag ist, wie angekündigt, der Streik im Saarbergbau zur Tatsache geworden. Tags zuvor hatte in Saarbrücken der Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter in einer Reihenfolge noch einmal zu einem Lohnangebot der Bergwerksdirektion Stellung genommen. Die Konferenz war von 600 Delegierten aller Ortsgruppen und Gruben besucht. Alle Sprecher waren einmütig der Meinung, daß es in Anbetracht der Notlage der Saarbergleute keinen anderen Ausweg gäbe, als von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen.

Dem Beschluß dieser Konferenz zufolge traten alle Gruben geschlossen in den Streik. Die Notstandsarbeiten werden durchgeführt. Die Delegierten ließen erklären, daß sie selbst für Ruhe und Ordnung sorgen und unbeantwortliche Elemente fernhalten würden.

Im Arbeitsministerium in Paris haben am Montag die Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter begonnen, deren Ausgang man mit Spannung entgegenseht.

Die Ursache des Streiks.

Ist darin zu erkliden, daß die französische Verwaltung trotz der hinsichtlich festgestellten 46prozentigen Erhöhung unter keinen Umständen über die angebotenen 5 v. H. Vohrerhöhungen hinausgehen will. Dabei sind von einem Bruttoertrag der Saargruben in den Jahren 1920 bis 1923 von 509 Millionen Franken allein 225 Millionen Franken als Reingewinn in die französische Staatskasse geflossen und seitdem bedeutende Gewinne aus den Vorkerken herausgewirtschaftet worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Juli 1925.

— Oberbürgermeister Scheidemann von Kassel setzte dieser Tage seinen 60. Geburtstag.

— Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Eichhorn, der während der Revolutionswirren kurze Zeit

Vollepraktant von Berlin war, in im Alter von 63 Jahren gestorben.

Die August-Miete in Preußen. Zur Abgeltung der dem Hausbesitz durch das neue Umverteilungsgesetz auferlegten erhöhten Doppelbelastungen hat das preussische Staatsministerium beschlossen, die preussische Miete für den Monat August von 78 auf 82 Prozent der reinen Bodenrente zu erhöhen.

Die Anmeldung des Antieich-Ansatzes vorläufig noch zwecklos. Berichtsjahr verlaute dieser Tage, daß zur Durchführung des Antieich-Ansatzgesetzes ein Reichskommissariat in Berlin gegründet sei, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen habe.

Mitteldeutscher Handwertertag. In Magdeburg fand während der Mitteldeutschen Handwerterausstellung der Mitteldeutsche Handwertertag statt.

Rundschau im Auslande.

Die französisch-französische Marokko-Konferenz hat nach längerer Dauer mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Grenzen der französischen und spanischen Besitzungen in Marokko und die Zusammenarbeit der französischen und spanischen Behörden ihren Abschluß gefunden.

Die Krise im englischen Bergbau. England steht zur Zeit im Zeichen einer großen Wirtschaftskrise. Am Festtage der Kohlenarbeiter sind über 130.000 Arbeiter der Arbeit niedergelassen.

Der Erbe.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1924. "Bergsch", sagte sie sanft, "daß ich etwas länger ausgeblieben bin, aber es lag eine besondere Veranlassung vor."

Bereitungen für den Generalkongress. Die Vorbereitungen für den englischen Kongress sind bis jetzt beendet.

Der bekannte amerikanische Politiker William Brewster ist in Dayton (Pennsylvanien) im Alter von 65 Jahren infolge eines Herzleidens plötzlich gestorben.

Die Steuerreform im Reichstag.

— Berlin, den 27. Juli 1925.

Zweite Sitzung der Steuerkommission. Nachdem der Steuerantrag des Reichstages am Sonntag nach wochenlangen Verhandlungen die Beratung der neuen Steuerentwürfe der Reichsregierung beendet hat, konnte das Reichstagsplenum heute mit der zweiten Sitzung der Steuerkommission beginnen.

Gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien. Als erster Redner gab Abg. Dr. Oberhiesing (Duisl.) im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen, abgesehen von der Stellungnahme zum Finanzausgleich und zum Grundbesitzverhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den Steuerentwürfen in der Hoffnung des Ausmaßes mit Wohlgefallen am besten zu stimmen.

Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Sozialdemokraten in der Dreyfus-Affäre. Die Sozialdemokraten in der Dreyfus-Affäre. Die Sozialdemokraten in der Dreyfus-Affäre.

Schlusssdienst.

— Berlin, 28. Juli.

Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre.

Handelsteil.

— Berlin, den 27. Juli 1925.

Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre.

Warenmärkte.

1000 Kilo. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre.

Polales.

1588 Gedicht für den 29. Juli. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre. Die Dreyfus-Affäre.

nicht so gutmütig gewesen wäre, so hätte er an der Landstraße bleiben können. Aber ich sehe ein, daß ich habe."

Das ist ja frechlich, was du da sagst, Fritz. Du mußt dir wahrhaftig noch den Verstand mit dem Kaffeehaus verlieren, dort lernt du nur Trost und die Herzensfähigkeit kennen, wahrhafte Liebe aus jenem Hause Unfrieden hierher bringen."

stehen lassen. Einige Tage darauf starb er an Wundvergiftung. Es wurde festgestellt, daß der Bahntechniker ihn festhalten wollte. Die Polizei nahm ihn fest.

436 Tote in Korea. Nach amtlichen Berichten, die jetzt nach Tokio gelangt sind, erlitten bei der jüngsten Heberschwennungskatastrophe in Korea 436 Menschen, 215 werden vermißt.

Kleine Nachrichten.

In Regla bei Sabana wurden sechs Schuppen, die Eisenbahnmateriale und 5000 Säde Zucker enthielten, durch Feuer zerstört. Der Schaden wird auf 2 1/2 Millionen Dollar geschätzt.

Interessantes vom Tage.

„Bei mir das ganze Jahr Hundstage!“ — Mecklenburg II die Störche. — Straßlose Heberschwennung der Wolzickfunde. — Was heute alles versichert wird. — Ein sehr merkwürdiger Freundschaftsdiens.

Man muß es nur verstehen, Kellame zu machen! In Berlin hat es ein findiger Kopf zumege gebracht, sogar der glühenden Hundstagsbisse die wichtigsten reklame-technischen Wirkungen abzugewinnen. Der Scharlach — ein Hundehändler — ließ an seinem Laden mit Eintritt der heißen Tage ein Schild mit der Aufschrift anbringen: „Bei mir das ganze Jahr Hundstage!“

Wie man sich selber nach dem System „Doktor Eisenbart“ kuriert, das hat in einem Dorfe an der schweizerischen Grenze ein 70 Jahre alter Zimmermann gezeigt. Da er sich eine Wunde zugezogen hatte, versuchte er sich den Fuß wegzuschneiden. Als er aber mit dem Messer allein nicht zurechtkam, hieb er den Fuß mit der Axt glatt ab. Von ärztlicher Seite wurde ihm dann im Krankenhaus das ganze Bein abgenommen.

Eine merkwürdige Fählung ist in Mecklenburg vorgenommen worden. Da dort das Geschlecht derer von Aderbar immer mehr aussterben droht, wurde eine Befruchtungsmaßnahme der Störche abgehalten, um festzustellen, wie hoch der Rückgang ist. Dabei hat sich ergeben, daß jetzt 1912 die Ziffer der Störche um 50 Prozent gefallen ist. In der Zeit von 1901 bis 1911 war sogar ein Rückgang der damaligen Ziffer von 66 Prozent zu verzeichnen. Während im Jahre 1901 insgesamt 3094 bestete Storchennester gezählt werden konnten, belief sich zehn Jahre später die Zahl nur noch auf 1072. Heute hat Mecklenburg nur noch etwas über 500 Storchennester.

Zum Kapitel „Polizeifunde“ ist in Halle (Saale) ein sehr bemerkenswertes Urteil gefällt worden. Dort erzielte die Mitglieder eines Vereins, die sich wegen starker Regenfälle noch über die Polzeifunde hinaus in einem Restaurant aufhielten, Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß in diesem Falle eine strafbare Heberschwennung der gefehligen Bestimmungen nicht stattgefunden habe, da man es einer Vereinsgesellschaft nicht zumuten könne, ihre Festtagsspeisung dem Unwetter preiszugeben.

In der Chronik des Versicherungswesens ist ein Fall dahingehend eine Verleserung, die letzten in New York abgeschlossen wurde. Bei einer dortigen Gesellschaft hat man die Nase einer jungen Frau mit Iage und schreite 50 000 Dollar verleiht und zwar, weil das Rückvergan dieser Dame als die erfolgreichste Sachverhändlignisse erprobt worden ist.

Um mehrere seiner Kollegen erwerbsunfähig zu machen und dadurch in die Lage zu versetzen, Krankengeld zu beziehen, spritzte in Pilsen ein Arbeiter diesen Petroleum ein. Ein Teil dieser Arbeiter mußte in sehr krankem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Sport und Verkehr.

× Berlin schlägt Hamburg und Leipzig im Turner-Städtekampf. Der am Sonntag veranstaltete vollständige Dreistädtekampf der Berliner Turner gegen Hamburg und Leipzig brachte bei flotter Abwicklung sehr spannende Kämpfe. Berlin ging mit dem ersten Wettbewerb in Führung, um sie während des ganzen Kampfes nicht mehr abzugeben. Berlin hat 3006 Punkte erreicht, gegen 2720 der Leipziger und 2717 der Hamburger und somit den Kampf zum zweiten Mal gewonnen.

× Die goldene Kette von Erfurt wurde am Sonntag in Gestalt eines 100-Kilometer-Mannschaftsfahrens auf der Bankstraße zum Austrag gebracht und sah acht Bundesmannschaften in Konkurrenz. Konfortia-Erfurt liege in 2:45:19 gegen Diana-Erfurt (3:1), Halle-Gisela (3:06:37), Diana II-Erfurt und Torpedo-Erfurt.

× Im Fünfländerkampf, der am Sonntag in Wien stattfand, siegte Deutschland mit 65 Punkten. Zweiter wurde Ungarn mit 56 1/2 Punkten, dritter Tschechoslowakei mit 39 1/2 Punkten, vierter Oesterreich mit 15 Punkten und fünfter Jugoslawien mit 7 Punkten.

Verforgungsfragen.

— Berlin, den 26. Juli 1912.
Der Reichstag — nahezu leer.

Als Präsident Loebe die Sitzung des Reichstages eröffnete, war das Haus nahezu leer. Die wesentlichen Punkte ergeben haben, an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss zurückzuweisen.

Nachdem folgte die zweite Beratung des Wehrmachterverordnungs-Gesetzes.

Abg. Vosselt (Soz.) berichtete über die Verhandlungen.

Abg. Weininghaus (D. Vp.) bezeichnete die Regelung der Wehrmacht als eine wesentliche Aufgabe. Es sei zu beklagen, daß die vorliegenden Verordnungen in diesem Gebiet keinen Fortschritt brägen.

Abg. Vosselt (Soz.) betonte, es sei unmöglich, entlassenen Wehrmachtangehörigen im öffentlichen Dienst zu beschäftigen. Sie müßten in größerer Zahl der Wehrmacht mehr dazu auf Arbeit gelehrt werden.

Die Ausschlußbeschlüsse wurden im wesentlichen einstimmig angenommen. Die zweite Lesung wurde erledigt. Darauf mit einer Bestimmung, wonach die Krankentafeln, auch unter das Gesetz fallen.

Es folgte die Fortsetzung der ersten Lesung des Militärsündergesetzes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) stimmte grundsätzlich der Sache zu. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Wehrmacht in der Uniform bei Veranstaltungen erscheine, die gegen den Staat gehen.

Abg. Säger (Soz.) erkannte an, daß auch im Offizierskorps Beispiele höchster Unvorsichtigkeit gegeben worden, vor allem in den ersten Kriegsjahren. Später aber habe sich der verderbliche Geist der Wehrmacht gebildet.

Nach weiterer Aussprache überwies man die Angelegenheit dem Rechtsausschuß.

Der Soziale Ausschuss ersucht die Reichsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Lage der Renteneinfänger des Reichs nach Möglichkeit der der Renteneinfänger des Reichsgebietes angepaßt wird.

Reichsarbeitsminister Braun schilderte die Verhältnisse im Saargebiet. Nach seinen Erklärungen war eine unmittelbare Einwirkung auf die Sozialverhältnisse im Saargebiet nicht möglich. Die Reichsregierung sei bereit, im Sinne der Entschließung mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um eine Besserung herbeizuführen.

Die Entschließung gelangte zur Annahme. Darauf vertagte man sich auf Montag 2 Uhr.

Tapeten
Räumungs-Verkauf
billig
Richard Mohr.

Ziehung
am 19. und 20. August
zugunsten des Bundes erblindeter Krieger
Geld-Lotterie
Gewinne bar ohne Abzug — Mark
120000
60000
40000
20000
10000
5000
Biele Gewinne zu 1000 Mk. etc. Bestellen Sie sofort Original-Lose à Mk. 3,30. Zu haben bei
Herbert Keller
Hamburg 36
Stephansplatz

39. Jahrgang
Herbst-Orgeln
Durch ein halbes Jahr Jüder's Patent, Original, Serie habe ich von über 2000 bester Orgeln, 5. S. Polz-Serg. a. 514. 60 Pf. (1200 Pf.), 514. L. (250 Pf.) und 514. (200 Pf.) (Häufige Orgeln). Dazu Jüder's Orgel a. 45. 65 und 90 Pf. In allen Apotheken, Drogerien und Musikinstrumenten-Geschäften.
Apotheke Spangenberg.
Gemischter Chor
„Liedertränchen“
Donnerstag abend keine
Gesangsstunde
Vorstand.

Henkel's Scheuerpulver
ATA
putzt reinigt alles!
Überall zu haben

Original Dürkopp-
Herren- u. Damen-Fahrräder



in großer Auswahl
General-Vertretung Niederlage
Richard Mohr, Spangenberg.

Gerade zu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomanol“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Vollseins in der Magengegend, Spannung und Beengung im Leibe, Anämie, Unfähigkeit klar zu denken, Magendrücken, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magenschwüre, akutem, und chronischem Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird behoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Blähungen aus dem Körper geschafft.

Lesen Sie was ein Magenkranker schreibt.

Ersuche höflich, mir postwendend eine 2. Sendung Stomanol-Tabletten anher zu senden. Gen. Tabletten haben mich von meinem furchtbaren Magen- und Leberbeschwerden schon so kuriert, daß ich doch wieder Lebensfreude gewann, was Jahrelang Arzneibehandlung nicht zu Stande brachte. Der Nachnamensendung erwidere ich Ihnen herzlich.
mit vorzüglicher Hochachtung
R. M. Km

Launing a. d. 21. 7. 25.

Solche Bemerkungen gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenkranke.

Sämen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's „Stomanol“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H. Magdeburg-Neustadt, und Sie erhalten sofort kostenlos und franco eine Gratisprobe „Stomanol“, nebst einer interessanten Broschüre.

Simmbereen
tausft
Richard Mohr.
Zum Einmachen
Weinstein, Salz, sowie alle Zutaten
auch in den kleinsten Mengen genau abgemogen
in der Apotheke.

Wir empfehlen uns zur Lieferung von:
Kanthalz nach Lissen
Stollen — Spalier- und Dachlatten
Zufußboden
mit und ohne Nut und Feder
Rauhspund, Fußleisten, Lambrerieholz, Schallhol
Zischlerholz
An- u. Verkauf von Rund- u. Brennholz jeder Art
Lohnschnitt
Billigste Tagespreise auf Anfrage.
Heinz & Salzmann
Fernruf 2 Spangenberg Fernruf 2

la. kleiner Mais
angekommen
Richard Mohr.

Beseitigung der Disteln.

Nach der Bezirkspolizei-Verordnung vom 26. 6. 1910 (Amtsblatt S. 129) ist das Abblühen aller Distelarten an Ackerland, Wiesen, Weiden und Tristen, Wegetändern, Eisenbahndämmen, wüsten und freien Plätzen, an Flußufern, Gräben und durch rechtzeitiges Abblühen von dem Unterhaltungs-pflichtigen (Eigentümer, Auspächter, Pächter oder Bewalter) zu verhindern. Diese Maßnahme wird auf den Früchten bestellenden Feldern nur insoweit gefordert, als die ohne Beschädigung der Saaten vorgenommen werden können. Die Unterlassung wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder entsprechender Haft geahndet.

Der Feldführer ist ausdrücklich angewiesen, die Befolgung der Polizeiverordnung zu überwachen und Spwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Spangenberg, den 27. 7. 25
Die Polizeiverwaltung, Schür.

Unbefugtes Aehrenlesen.

Es ist verboten, ohne ausdrückliche Erlaubnis des Besitzers Aehren, zu lesen. Zuwiderhandlungen werden gleichviel ob das Getreide noch in Ettagen (Haufen) auf dem Felde steht oder ob die Ernte völlig beendet ist, mit Geldstrafe oder mit Haft geahndet. (§§ 18 u. 25 des Feld- und Forstpolizeigesetzes v. 1. 4. 1880.)
Spangenberg, den 28. Juli 1915.
Die Polizeiverwaltung
Schür.